

Zahl des Tages

1,6

Grad wärmer als die Norm von 1981 bis 2010 – so mild zeigte sich der November dieses Jahr. Mit dem November endet zudem der landesweit drittwärmste Herbst seit Messbeginn. SDA

Streikwelle rollt über Katalonien

BARCELONA. Nach Ärzten und Krankenpflegern sind in der spanischen Region Katalonien auch Feuerwehrleute, Lehrer, Studenten und Staatsbedienstete in den Ausstand getreten. In Barcelona und anderen Städten kam es gestern zu Protesten. Medien sprachen von einem «schwarzen Tag» sowohl für die Bürger als auch für die Regionalregierung. Die Streikenden fordern ein Ende der Sparmassnahmen sowie bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter. SDA

Neue Vignette kommt morgen

BERN. Ab morgen ist die Autobahn-Vignette 2019 bei Poststellen, Tankstellen und Garagen im Verkauf. Ihre Grundfarbe ist «himmelblau metallic». Sie kostet weiterhin 40 Franken. Gültig ist die Vignette ab dem 1. Dezember dieses Jahres bis zum 31. Januar 2020 unter der Voraussetzung, dass sie in den Fahrzeugen an der vorgeschriebenen Stelle angebracht wird, wie die Eidgenössische Zollverwaltung mitteilt. SDA

Migrationspakt: Ständeräte misstrauen Bundesrat Cassis

BERN. Der Ständerat bremst die Regierung aus. Der Knatsch um den UNO-Pakt geht weiter.

Die Debatte um den UNO-Migrationspakt führte gestern im Ständerat zu heftigen Wortgefechten. Die Bürgerlichen rügten Aussenminister Ignazio Cassis dafür, dass der Bundesrat den rechtlich nicht bindenden Pakt am 10. und 11. Dezem-

ber in Marrakesch eigenmächtig unterzeichnen wollte. Cassis hat nun zwar angekündigt, vorerst nicht zu unterschreiben, trotzdem liessen die Ständeräte ihr Misstrauen durchblicken und beauftragten den Bundesrat per Motion damit, dem Parlament den Pakt in einem Beschluss vorzulegen.

Cassis rechtfertigte das Vorgehen. Da der Migrationspakt kein rechtlicher bindender Vertrag sei, dürfe der Bundesrat

selbst über eine allfällige Unterzeichnung entscheiden. «Es liegt gemäss der Bundesverfassung in der Kompetenz des Bundesrats, solche Abkommen zu unterzeichnen.»

Bürgerliche Ständeräte machten aber darauf aufmerksam, dass sogenanntes Soft Law, also rechtlich nicht bindende Verträge, politisch bindend sind und fehlbares Verhalten dann trotzdem durch die internationale Staatengemein-

schaft sanktioniert werden kann.

Cassis stimmte dem teilweise zu: «Soft Law ist auch nicht harmlos. Es kann mit der Zeit in Richtung Gewohnheitsrecht und Gesetz gehen.» Der Migrationspakt wolle die Migration aber weder eindämmen noch fördern. «Es soll einzig die irreguläre Migration zugunsten der regulären Migration eingeschränkt werden», sagt Cassis.

DK/PAM



Mit dem umstrittenen UNO-Migrationspakt soll die irreguläre Migration eingedämmt werden. AP

Pro

Balthasar Glättli, Fraktionspräsident Grüne

«Der Pakt ist sehr ausgewogen»

«Kein Land kann die Herausforderungen der Migration allein bewältigen. 260 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. Der Migrationspakt ist ein Mittel, dieser Tatsache international koordiniert zu begegnen. Man will nicht die Migration allgemein fördern, sondern die illegale Migration bekämpfen und die legale Migration kontrollieren. Im Pakt wird etwa die Rückübernahme von Personen geregelt. Wäre eine Durchsetzung des Migrationspakts so zwingend, wie die SVP behauptet, müssten in Zukunft also Länder wie Eri-

trea ihre Flüchtlinge zurücknehmen. Eine Ablehnung des Migrationspakts würde die Glaubwürdigkeit der Schweiz schwächen, denn sie hat einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung des Pakts geleistet. Die beschlossenen Grundrechte für Migranten gelten in der Schweiz schon. Der Pakt ist also ein sehr ausgewogenes Dokument.» DK



Contra

Damian Müller, FDP-Ständerat

«Der Pakt enthält zu viele Forderungen»

«Der Bundesrat hat lange übersehen, welche kritische Stimmung in unserem Land bezüglich Migrationsfragen herrscht. Wenn er sie nicht übersehen hat, dann hat er sie zumindest unterschätzt. Stand heute bin ich gegen den Migrationspakt, da er zu viele Forderungen mit sich bringt, die wir so nicht erfüllen können, etwa im Bereich des Familiennachzugs, der erheblich erleichtert werden soll. Eine weitere weltweite Forderung ist, dass Zielländer Vorbereitungskurse für migrationswillige Personen in den Heimatländern anbie-

ten müssen. Das kann doch nicht sein. Wir müssen in jenen Ländern den Jugendlichen eine Perspektive geben: Dass sie einen Job erhalten, sich das Leben finanzieren können und gar nicht erst auf den Gedanken kommen, auszuwandern. Ein Migrationspakt muss Gesamtmigrationsprobleme lösen, nicht Pflasterpolitik betreiben.» DK

